

- Es gilt das gesprochene Wort -

Demonstration gegen die NPD in Rheinsberg 28.07.20

Liebe Rheinsbergerinnen und Rheinsberger,
liebe Gäste der Stadt,
Lieber Landrat Ralf Reinhardt,
Dr. Lemmermeier, Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg,
Angelika Thiel-Vigh und Tolerantes Brandenburg!

Ich habe gedacht, Kundgebungen wie heute brauchen wir nicht in unserem schönen Rheinsberg. Aber wenn die Demokratie infrage gestellt wird, Rechtsstaatlichkeit infrage gestellt wird, müssen wir uns treffen, unsere Verfassung und unsere Grundrechte verteidigen.

Es ist einfach schäbig von der verfassungsfeindlichen NPD, die Massenschlägereien der letzten Woche hier in Rheinsberg politisch ausnutzen zu wollen.

Polizeiliche Ermittlungen werden die Hintergründe der Ausschreitungen in Rheinsberg klären.

Wenn die Ursachen dieser blinden Wut zutage treten, können Polizei und Justiz darauf reagieren. Menschenverachtung und Gewalt gehören nicht in unsere Demokratie. Aber klar ist auch, dass es Demokratie nicht zum Nulltarif gibt, dass wir täglich danach fragen müssen, wie wir unsere freie Gesellschaft vor dem Gift faschistischer Ideologien und Rechtsextremismus schützen können und wie wir in Zukunft miteinander leben wollen.

Im Koalitionsvertrag der Landesregierung Brandenburg steht:

„Das deutliche und öffentliche Eintreten für ein friedliches Miteinander ist notwendiger denn je. Ausdrückliches Ziel der Koalition ist es, den demokratischen Zusammenhalt und demokratische Aushandlungsprozesse zu stärken.“

Und etwas weiter

„Brandenburg ist ein weltoffenes, vielfältiges und tolerantes Land mit einer langen Geschichte der Integration von Menschen verschiedener Herkunft und Religion. Die gelingende Integration von Geflüchteten sowie Migrantinnen und Migranten hat für die Koalition hohe Priorität, um den Betroffenen schnell soziale, politische, wirtschaftliche und kulturelle Teilhabe zu ermöglichen.

Erfolgreiche Integration und Teilhabe setzen voraus, dass alle Personen die unveräußerlichen Grundprinzipien und -werte der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie, der Würde des Menschen, der Freiheit der Person und der Religion, der Gleichheit und Gleichberechtigung aller Menschen sowie des Rechts jedes Einzelnen auf ein selbstbestimmtes und selbstverantwortliches Leben achten.“

Das heißt auch:

Klärung der Bleibeperspektive, Deutschunterricht, Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeit, Integration und nicht Leben in Parallelgesellschaften.

Es heißt Sicherheit für alle Menschen, Schutz vor Kriminalität und Vertrauen in den Rechtsstaat, Vertrauen, dass kriminelle Delikte geahndet werden, dass es Strafen für diejenigen gibt, die sich nicht an die Regeln halten.

Dabei dürfen wir nicht ignorieren, dass unsere Integration Lücken hat, klare Entscheidungen und Perspektiven für alle braucht, vorurteilsfreie Zugewandtheit, dass sie Zeit braucht, vielleicht sogar Generationen.

Treten wir ein für ein friedliches Miteinander. Lassen wir nicht zu, dass Rheinsberg für Negativschlagzeilen sorgt und Besucher vertreibt.

Denn: „Rheinsberg ist schön“.
Und das stimmt.